

# Die Schweiz und die Europäische Union

Dr. iur. Marianne Wüthrich, Zürich

*Personenfreizügigkeit, Agrarfreihandel, Schweiz der Regionen, Grenzenloses Schengenland, Steuerharmonisierung – die Schweiz ist mit vielen Teilbereichen beschäftigt, die nicht losgelöst voneinander betrachtet werden sollten. Es handelt sich um ein gewaltiges Projekt, das im EU-Integrationsbüro in der Bundesverwaltung seit Jahren vorangetrieben wird: die immer engere politische, wirtschaftliche und militärische Einbindung der Schweiz in den Riesenkoloss EU. Als erster Bereich werden hier die neuesten Entwicklungen in der Regionalpolitik dargestellt. In einem zweiten Teil sollen die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU zu Schengen / Dublin und zur Personenfreizügigkeit thematisiert werden, im dritten Teil folgt die Einbindung der Schweiz in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).*

## Teil 1 Schweiz der Regionen – Aufweichung der föderalistischen Struktur der Schweiz

**[Bild: Karte Metropolitanraum Zürich → Bildlegende: Die Einteilung in sogenannte Metropolitanräume ist dem Schweizer Staatsverständnis fremd. Vielmehr entstammt diese Idee der Brüsseler Regionalpolitik und passt in keiner Weise zum kleinräumigen Staatsgefüge der Schweiz.]**

In der Schweiz ist es seit jeher selbstverständlich, dass von Gemeinde zu Gemeinde, unter den Kantonen und zwischen den Kantonen und dem Bund die anstehenden Themen und Schwierigkeiten ausgehandelt werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden auf allen drei Staatsebenen sind es gewohnt, für die mannigfachen Probleme des Zusammenlebens innerhalb des einzelnen Kantons und zwischen den Kantonen gemeinsam Lösungen zu suchen, zu diskutieren und Entscheide zu treffen. Dies entspricht dem föderalistischen System des schweizerischen Bundesstaates.

Seit sich die Bundesverwaltung in Bern, insbesondere das personell und finanziell reich dotierte EU-Integrationsbüro, immer enger an die Brüsseler Bürokratie anlehnen, spriessen immer mehr Projekte aus dem Boden, die unserem Staatsverständnis fremd sind. Statt zu glauben, dies seien eben die Zeichen der Zeit, die wir als aufgeschlossene, weltoffene Bürgerinnen und Bürger schlucken müssten, empfiehlt es sich, solche „neuen“ Ideen kritisch unter die Lupe zu nehmen.

### Metropolitanräume Zürich, Basel und Genf als Teil des EU-Forschungsprogramms INTERREG

Zum sogenannten „Metropolitanraum Zürich“ (MPR) gehören die Kantone Zürich, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Zug, Schwyz und Luzern sowie die deutsche Nachbarschaft „ennet dem Rhein“. In den Medien ist zu vernehmen, dass der MPR Zürich in einem EU-Forschungsprogramm als einer von 16 „europäischen Motoren“ neben München, Berlin und Mailand u.a.m. aufgeführt wird. („Schaffhauser Nachrichten“ vom 29.11.08)

Die Regionalzeitung macht richtiggehend Propaganda für die Anbindung des Kantons Schaffhausen an den sonst ungeliebten Grossraum Zürich. Was erhoffen sich denn zum Beispiel die Schaffhauser davon? Einige Politiker erhoffen sich offensichtlich ihre persönliche Profilierung und bilden sich ein, die „Randregion“ Schaffhausen (die übrigens wirtschaftlich in gutem Zustand ist) gehöre dann auch zu den Grossen.

Auf der Homepage des Kantons Basel-Stadt wird deutlich, dass in der Schweiz kein Mangel an willfährigen Politikern und Wirtschaftsvertretern besteht, die die in Brüssel festgelegten Vorstellungen eifrig vorantreiben. (<http://www.medienmitteilungen.bs.ch/2007-09-27-001.htm>) Da ist zu lesen:

*„Das Raumkonzept Schweiz muss die drei Metropolitanräume Zürich, Basel und Genf angemessen berücksichtigen. Nur dadurch kann den wachsenden Anforderungen im internationalen Standortwettbewerb Rechnung getragen werden. Im Metropolitanraum Basel leistet der Trinationale Eurodistrict Basel einen Beitrag zur verstärkten politischen Steuerung des Grossraums. An der Tagung "Basler Metropol(t)räume" wurden erstmals Vertreter der drei Schweizer Metropolitanräume Zürich, Genf und Basel vereint. (...) An der vom Justizdepartement Basel-Stadt organisierten Tagung nahmen über 120 VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie von Stadt-, Kantons- und Bundesverwaltungen teil.“*

Wozu brauchen wir diese neuartige Einteilung der Schweiz?

„Im MPR Basel leistet der **Trinationale Eurodistrict Basel\*** einen Beitrag zur **verstärkten politischen Steuerung** des Grossraums.“ (\* Gemeint sind Teile Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz). Eine kleine Frage: Wer will denn den Grossraum Basel ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen steuern? Die Antwort liefert die Basler Homepage:

---

*„Handlungsbedarf besteht bei der Verbesserung der politischen Steuerung in den Metropolräumen. **Michael Reiterer**, Botschafter und Leiter der EU-Kommission in der Schweiz unterstrich die grenzüberschreitende Dimension der Metropolitanregion Basel.“*

---

Michael Reiterer ist bekanntlich der EU-Funktionär, den Brüssel in die Nähe des Bundeshauses in Bern gesetzt hat, damit er den Schweizern besser sagen kann, was sie zu tun haben. Dieser Herr hat also den Auftrag, die MPR, die die EU der Schweiz überstülpen will, „politisch zu steuern“. Die Spitzen der globalisierten Konzerne sind offensichtlich an einer solchen zentralistischen Steuerung des gut funktionierenden Wirtschaftsstandortes Schweiz interessiert. So wird ganz nebenbei bemerkt:

---

*„Durch die globalisierten Wirtschaftsbeziehungen wachsen Agglomerationen zu Metropolitanregionen zusammen.“*

---

#### Gotthardkonferenz: Auflösung der politischen Strukturen der Kantone

„Denken in Kantonsgrenzen müsse überwunden werden“, meint der Urner Landamann Isidor Baumann. „Gotthard-Raum soll künftig als Einheit auftreten (TI, Uri, VS und GR).

150 Parlamentarier aus diesen vier Kantonen trafen sich in Andermatt und „verabschiedeten eine Charta San Gottardo“

→ Kompetenz???

Dieselben zufällig anwesenden Mitglieder von vier Kantonsparlamenten beschlossen eine 2. Konferenz zu veranstalten.

„Ferner ist die Idee eines ‚Gotthard-Parlamentes‘ geboren.“

→ Ausfluss der NRP (Leuthard)

- **Kommentar:**  
alles ausserhalb der Kompetenzen der Kantone: einige zufällig zusammen-gewürfelte Parlamentarier beschliessen etwas → Rechtskraft? Volksrechte?
- Gar nichts dagegen, wenn die Kantone zusammenarbeiten und gemeinsame Lösungen für Zeitprobleme suchen → schon immer getan.  
Beunruhigend: Aushebelung der direkten Demokratie und Verwischung der kantonalen Eigenheiten. Regionalpolitik à la EU → mit Föderalismus nicht viel am Hut und mit direkter Demokratie gar nichts.
- Diese der Schweiz fremde Entwicklung **zur Zentralisierung gipfelt im Haus der Kantone / der Zentrale der KdK**
- **Zitat Homepage KdK:**

„Die KdK verfolgt das strategische Ziel, sich mittels einer verstärkten Prozess-Steuerung als zentrales Instrument der Kantonsregierungen für die bundesstaatliche Zusammenarbeit zu positionieren.“ Ziel ist, die Koordination zwischen den Konferenzen systematischer und transparenter zu gestalten, um so zu einer Optimierung der Interaktion zwischen Bund und Kantonen beizutragen.

- **Kommentar:** Beispiel Harnos: Der ganzen Schweiz sollen dieselben Schulstrukturen und Lehrpläne usw. aufgezwungen werden.
- Die NZZ nennt dieses der EU entlehnten zentralistische und undemokratische System: **Moderner Föderalismus statt Kantönligeist**  
Immerhin wird im NZZ-Artikel erwähnt, dass *viele Politiker und Bürger die Schaffung einer vierten Staatsebene befürchten und den Direktorenkonferenzen die demokratische Legitimation absprechen.*  
--Richtig!

#### **Fazit:**

Dies sind einige beunruhigende Beispiele dafür, dass sich viele Politiker durch Brüsseler Verführer vom Schweizer Modell des Föderalismus und der direkten Demokratie weglocken lassen. Damit meine ich nicht, dass wir nicht neue Wege beschreiten sollen, wenn es sinnvoll ist. Es geht beim Schweizer Modell um etwas anderes, das viele andere Menschen auf der Welt als vorbildhaft empfinden: Dass wir nämlich gewohnt sind, uns von gleich zu gleich zusammzusetzen und Lösungen auszuhandeln, innerhalb der Gemeinde, von der Gemeinde zur Nachbargemeinde, im Kanton, zwischen den Kantonen und im Bund. Und die Stimmberechtigten haben auf allen drei Ebenen Mitbestimmungsrechte, die auf der Welt ihresgleichen suchen. Ich jedenfalls bin entschlossen, diese Errungenschaften, die der Natur und der Würde des Menschen entsprechen, mit jedem zusammen zu verteidigen, der dasselbe Anliegen hat.